



## **Volkszählung in Niedersachsen: Datenschützer rügen Informationspolitik der Ämter Am Donnerstag kritischer Informationsabend in der Faust**

*Während die Vorbereitungen für die Befragungen zum "Zensus 2011", der diesjährigen Volkszählung, auf Hochtouren laufen, bleiben die dafür zuständigen Erhebungsstellen und das niedersächsische Statistikamt den Kritikern der Erfassungsmaßnahmen wichtige Antworten schuldig. Besorgte Bürger des hannoverschen Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung ("AK Vorrat Hannover")<sup>[1]</sup> zweifeln nun an der datenschutzkonformen Umsetzung der Volkszählung, denken über Boykott nach und laden zu einem öffentlichen Informationsabend ein.*

"Frag die Befrager!" nennen die Aktivisten der Bürgerbewegung "Arbeitskreis Zensus"<sup>[2]</sup> eine von ihnen begründete Initiative<sup>[3]</sup>, in der sich besorgte Bürger an die für sie zuständigen Erhebungsstellen wenden können, um sich über die praktische Umsetzung der Volkszählung zu informieren.

So auch in Niedersachsen geschehen. Allerdings mit ernüchternden Ergebnissen.

Erst nach zwei Monaten und nach einer erneuten schriftlichen Bitte um Beantwortung der Fragen reagierte die hannoversche Erhebungsstelle<sup>[4]</sup> auf die Fragen eines besorgten Bürgers. Ähnlich lange dauerte es im Fall der Anfrage an den Landkreis Schaumburg.

Besonders frappierend: In beiden Fällen sahen sich die u.a. für die Ausbildung und Aussendung der Volkszähler zuständigen Erhebungsstellen nicht in der Lage, die Fragen zu ihrer eigenen Behörde zu beantworten. Oder wollten es nicht. Die Schaumburger Einrichtung leitete den fragenden Brief beispielsweise kurzerhand an das niedersächsische Innenministerium weiter, von wo er offensichtlich an die Landesstatistikbehörde Niedersachsen (LSKN) weitergereicht wurde. Mit immer gleichen Musterantworten weicht das niedersächsische Statistikamt vielen auf die konkrete Erhebungsstelle bezogene Fragen einfach aus.

Dieses Verhalten und die Tatsache, dass die Rückmeldungen der Erhebungsstellen Zweifel an ihrer vom Bundesverfassungsgericht geforderten "Abschottungen" von den jeweiligen Verwaltungen der Landkreise und Städte aufkommen lässt (Beispiel Schaumburg<sup>[5]</sup>: keine eigene Postanschrift, keine E-Mail-Adresse in einem eigenen Rechnernetz, kein Briefpapier, das erkennen lässt, wo wem man denn nun genau Post erhält), nähren die Zweifel an einer ordnungsgemäßen Volkszählung.

Das Statistikamt erlaubte es sich, neun gestellte Fragen einfach zu ignorieren, ohne das mit irgendeinem Hinweis oder Grund zu erwähnen<sup>[6]</sup> bzw. darauf hinzuweisen, es handele sich um "schutzwürdige Interessen", die dem entgegen stehen würden. Seltsam ist allerdings, dass die gleichen Fragen in anderen Bundesländern problemlos beantwortet werden. Die Antworten auf die noch verbleibenden Fragen fallen zum Teil nichtssagend aus oder beziehen sich auf das Land Niedersachsen, aber nicht auf die konkret um Antwort gebetene Erhebungsstellen.

Die im Arbeitskreis Zensus und im Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung Hannover versammelten Aktivisten halten dieses Verhalten für unhaltbar.

"Wenn ich an die für mich zuständige Volkszählungsstelle besorgte und ernstgemeinte Fragen stelle und diese nicht beantwortet bekomme, wenn stattdessen mein Brief erst an das Innenministerium weitergeleitet wird und ich danach eine ignorante und in vielen Punkten nichtssagende Standardantwort vom Landesstatistikamt bekomme, dann finde ich das nicht in Ordnung", sagt Michael Ebeling von der hannoverschen Datenschutzgruppe. "Auf jeden Fall mehren sich meine Zweifel an einer ordentlichen Volkszählung. Im Moment kann ich deswegen nicht anders als zu sagen: Ich boykottiere diese Volkszählung."

Der "AK Vorrat Hannover" lädt zu einer für alle offenen Informationsveranstaltung am nächsten Donnerstag, den 7. April um 18 Uhr in die "Warenannahme" auf dem Gelände der Faust<sup>[7]</sup> in Hannover-Linden ein. Dort soll kritisch darüber informiert werden, was im Namen der Volkszählung passiert, wer davon in welcher Form betroffen ist und wie man sich eventuell dagegen wehren kann.

Der Abend soll auch dazu dienen, dass sich boykottwillige Menschen treffen und miteinander verabreden können.

Der **Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung („AK Vorrat“)** ist ein deutschlandweiter Zusammenschluss von freiheitsliebenden Menschen und Fachleuten aus Bürgerrechts- und Datenschutzorganisationen. Der Ursprung des Arbeitskreises ist die gemeinsame Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung, an der sich über 34.000 Bürger beteiligt haben. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil vom 2. März 2010 der Klage stattgegeben und das Gesetz in der bestehenden Form als verfassungswidrig erklärt.  
In regionalen „Ortsgruppen“ engagieren sich die einzelnen Mitglieder darüber hinaus in weiteren Aktivitäten rund um das Thema Datenschutz, Bürger- und Menschenrechte – meistens mit dann regionalem Bezug.

Mehr über den AK Vorrat gibt es unter: <http://www.vorratsdatenspeicherung.de>

Nähere Informationen über die Ortsgruppe Hannover im AK Vorrat finden Sie unter: <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>

#### Verweise

- [1] <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Hannover>
- [2] <http://zensus11.de/>
- [3] <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Volkszaehlung-Erhebungsstellen-Befragung>
- [4] <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Volkszaehlung-Erhebungsstellen-Befragung/Hannover>
- [5] [http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Erhebungsstelle\\_schaumburg.jpg](http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/images/Erhebungsstelle_schaumburg.jpg)
- [6] <http://wiki.vorratsdatenspeicherung.de/Volkszaehlung-Erhebungsstellen-Befragung/Schaumburg>
- [7] [http://www.kulturzentrum-faust.de/faust/index.php?article\\_id=1530&clang=0](http://www.kulturzentrum-faust.de/faust/index.php?article_id=1530&clang=0)

#### Pressekontakt

Michael Ebeling  
Kochstraße 6  
30451 Hannover  
01577 / 39 19 170  
[og-hannover@vorratsdatenspeicherung.de](mailto:og-hannover@vorratsdatenspeicherung.de)